

**Beschlussesempfehlung**

Ausschuss für Verkehr und  
Öffentliche Ordnung

Ursprung:  
Antrag, BV Dr. Cordelia Koch (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
für Bürger\_innen  
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

14.08.2019	BVV	BVV/025/VIII	überwiesen
29.08.2019	VerkOrd	VerkOrd/051/VIII	vertagt
12.09.2019	VerkOrd	VerkOrd/052/VIII	vertagt
26.09.2019	VerkOrd	VerkOrd/053/VIII	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
30.10.2019	BVV	BVV/027/VIII	

**Betreff: Schwerer Lastverkehr und Lärm in Wohngebieten in Rosenthal,  
Niederschönhausen und Wilhelmsruh verringern und vermeiden**

**Abstimmungsergebnis Ausschuss:**

Ja 13/ Nein 0/ Enthaltungen 0

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen für kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen einzusetzen, um den schweren Lastverkehr in Wohngebieten in Rosenthal, Wilhelmsruh und Niederschönhausen zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Hierzu sollen insbesondere folgende Maßnahmen dienen:

- Erstellung eines Konzepts für Industrie- und schweren Lastverkehr überwiegend aus/von den Industriegebieten in Reinickendorf unter Meidung der Wohngebiete in Pankow, in Zusammenarbeit mit dem Senat und dem Bezirk Reinickendorf.
- Einführung von Tempo 30 in Abschnitten von Hauptverkehrsstraßen in Wohngebieten mit besonders hoher Lärm- und Verkehrsbelastung, insbesondere in der Kastanienallee, der bereits sanierten Friedrich-Engels-Straße, der Schönhauser Straße und der Straße vor Schönholz/Germanenstraße. Einheitliche Tempo 30-Regelungen in Wohngebieten zur Erhöhung der Befolgensrate und der Verkehrssicherheit.
- Maßnahmen zur Verminderung der Lärmbelastung, z.B. eine Tonnagebegrenzung auf 20t auf Straßen des übergeordneten Straßennetzes und 7,5t auf Erschließungsstraßen in Wohngebieten mit besonders hoher Lärm- und Verkehrsbelastung sowie in Straßen mit für Schwerlastverkehr ungeeignetem Straßenbelag und -zustand prüfen, insbesondere in der Kastanienallee, der Friedrich- Engels-Straße, der Schönhauser Straße, der Straße vor Schönholz/Germanenstraße und der Hauptstraße in Wilhelmsruh.

Berlin, den 10.10.2019

Einreicher: Ausschuss für Verkehr und Öffentliche Ordnung

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	beschlossen
<input type="checkbox"/>	beschlossen mit Änderung
<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input type="checkbox"/>	zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:	
<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
<b>44</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

federführend

<input type="checkbox"/>	überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

### **Begründung der Beschlußempfehlung:**

Der Ausschuß hat sich in zwei Lesungen mit dem Antrag beschäftigt. Die Diskussion fokussierte sich zunächst auf die Zuständigkeiten in diesem Prozeß, dessen Ziel von keiner Seite in Frage gestellt wurde.

Die Antragsteller erläuterten, daß ihnen die hauptsächliche Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sehr wohl bekannt sei. Diese Senatsverwaltung, an die sie sich in der Vergangenheit darum ja oft gewandt hatten, antwortete aber nicht auf Anliegen von Bürgern. Man erhoffte sich nun von einem BVV-Beschluß mehr Nachdruck. In dieser Hinsicht dämpfte der Ausschuß aus seiner Erfahrung heraus die Erwartungen, denn der BVV antwortet diese Senatsverwaltung in der Regel auch nicht. Die behutsamen Änderungen am Antragstext trugen dieser Debatte Rechnung.

Im dritten Anstrich wurde die Tonnage-Begrenzung präzisiert, weil sie andernfalls den ÖPNV unmöglich machen würde.

Die Änderungen wurden von den Einreichern übernommen.

Der Ausschuß empfiehlt der BVV mit 13 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltungen die Zustimmung zur so geänderten Drucksache.

### **Text Ursprungsantrag BV Dr. Cordelia Koch (Bündnis90/ Die Grünen) für Bürger\_innen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen für kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen einzusetzen, um den schweren Lastverkehr in Wohngebieten in Rosenthal, Wilhelmsruh und Niederschönhausen zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Hierzu sollen insbesondere folgende Maßnahmen dienen:

- **Erstellung eines Konzepts für Industrie- und schweren Lastverkehr** überwiegend aus/von den Industriegebieten in Reinickendorf unter Meidung der Wohngebiete in Pankow, in Zusammenarbeit mit dem Senat und dem Bezirk Reinickendorf.
- **Einführung von Tempo 30** in Abschnitten von Hauptverkehrsstraßen in Wohngebieten mit besonders hoher Lärm- und Verkehrsbelastung, insbesondere in der Kastanienallee, der Friedrich-Engels-Straße, der Schönhauser Straße und der Straße vor Schönholz/Germanenstraße. Einheitliche Tempo 30-Regelungen in Wohngebieten zur Erhöhung der Befolgensrate und der Verkehrssicherheit.
- **Tonnagebegrenzung auf 7,5t** auf Straßen des übergeordneten Netzes und des Nebenstraßennetzes in Wohngebieten mit besonders hoher Lärm- und Verkehrsbelastung sowie in Straßen mit für Schwerlastverkehr ungeeignetem Straßenbelag und -zustand, insbesondere in der Kastanienallee, der Friedrich-Engels-Straße, der Schönhauser Straße, der Straße vor Schönholz/Germanenstraße und der Hauptstraße in Wilhelmsruh.

### **Begründung Ursprungsantrag:**

Aufgrund des Fehlens einer Autobahnanbindung für Industrie- und Schwerlastverkehr sowie für Pendler von / nach Reinickendorf suchen sich diese Verkehre jeden Tag und jede Nacht ihren Weg durch die Wohngebiete von Wilhelmsruh, Rosenthal, Niederschönhausen und Frz. Buchholz. Die Wohngebiete im Norden von Pankow sind daher, wie bereits seit vielen Jahren bekannt, einer außerordentlichen Verkehrsbelastung insbesondere entlang der Achse Reinickendorf – Wilhelmsruh – Rosenthal - Frz. Buchholz – Autobahnanschluss A114 ausgesetzt.

Eine besondere Ausprägung dieses Problems ist der Schwerlastverkehr durch Abfall- und Brennstofftransporte mit Containerfahrzeugen, welche ein donnerndes und krachendes Geräuschbild auf bereits beschädigten und unebenen Straßen erzeugen. Diese Verkehre

fahren rund um die Uhr, einschließlich des Wochenendes durch eng bebaute und intensiv nachverdichtete Wohngebiete.

Die in der strategischen Lärmkarte Berlins kartierten Lärmbelastungen durch o.g. Verkehre in den o.g. Stadtteilen liegen zwischen 65 und in Spitzen bis über 75db(A) – weit über den vom Umweltbundesamt für Wohngebiete empfohlenen Werten von 59 bzw. 49 dB(A)<sup>1</sup>. Die Weltgesundheitsorganisation hat im Oktober 2018 aufgrund aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse die Lärmgrenzwerte, ab derer von Gesundheitsgefährdungen ausgegangen werden muss, auf 53 bzw. 45 dB(A) festgelegt<sup>2</sup>. Nachhaltige und verantwortungsvolle Verkehrsplanung muss sich daher an diesen Werten orientieren.

Im Rot-Rot-Grünen Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2016 heißt es daher auch:

„Die Koalition richtet Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten ein...“

„Um die Häufigkeit und Schwere von Unfällen zu reduzieren, wird die Koalition alle rechtlichen Möglichkeiten zur Ausweitung und Neuausrichtung von Tempo 30-Zonen nutzen. Bis 2020 sollen lärmindernde, zur Mobilitätssicherheit beitragende Tempo 30-Abschnitte auf Hauptverkehrsstraßen geschaffen werden“.

Die o.g. Straßen sind Brennpunkte dieses Geschehens und belegen die Spitzenplätze bei den Eingaben der Bürgerbeteiligung zum Lärmaktionsplan 2018-2023. Diese Situation ist eine Folge fehlender Verkehrssteuerung und Planung in der Zeit nach dem Fall der Mauer; seitdem suchen sich die o.g. Verkehre ohne Steuerung und Regulierung ihren Weg durch die Wohngebiete. Die Anwohner klagen über dauernde Schlafstörungen, Erschütterungen an ihren Häusern und erhebliche Verkehrsgefahren. Durch Schwerlastverkehr belastete Wohngebietsstraßen sind für den Schulweg oder für Menschen mit Einschränkungen nicht mehr benutzbar. Die Straßen sind in einem katastrophalen Zustand und wurden – nicht zuletzt durch die 40-Tonner, die hier durch Wohngebietsstraßen durchfahren – stark beschädigt.

Ein Verkehrskonzept, das eine Perspektive zur Lösung dieser Probleme aufzeigt, gibt es nicht. Alle Eingaben von Anwohnenden, die diesbezüglich an den Senat und die Verkehrslenkungsbehörde gerichtet worden sind, wurden abschlägig oder gar nicht beantwortet.

Die o.g. Forderung wird durch die Petition „Für ein modernes Verkehrskonzept im Norden von Pankow und gegen Schwerlastverkehr in Wohngebieten“ (<https://www.openpetition.de/verkehrpankow>) des Vereins für nachhaltige Verkehrsentwicklung e.V. (<https://www.verkehr-pankow.de>) mit aktuell ca. 3.500 Petentinnen und Petenten unterstützt.

---

<sup>1</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrslaerm/strassenverkehrslaerm#textpart-5>

<sup>2</sup> LEITLINIEN FÜR UMGEBUNGSLÄRM für die Europäische Region, WHO Regional Office for Europe UN City, Marmorvej 51 DK-2100 Copenhagen, 2018

<sup>3</sup> <https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/laerm/laermminderungsplanung/de/laermaktionsplan/2018/index.shtml>